

Positionspapier zur Bundestagswahl 2025

Bedrohtes Engagement, bedrängte Demokratie – Was die neue Bundesregierung anpacken muss

13.02.2025 / Vor der Bundestagswahl 2021 haben wir Forderungen aufgestellt, wie die Bundesregierung dem erstarkenden Rechtsextremismus begegnen und die Demokratie schützen sollte. Heute – knapp vier Jahre später – haben sich die Probleme verschärft.

Gingen Anfang 2024 Hunderttausende gegen die mit dem Schlagwort „Remigration“ verbundenen Forderungen auf die Straße, sind diese Forderungen heute fester Bestandteil der sich zuspitzenden gesamtgesellschaftlichen Debatte. Die AfD kann ihre Themen platzieren, ist deutlich stärker als 2021 und hat ihren Einfluss auf Landes- und kommunaler Ebene ausgebaut. Die Forderungen derjenigen, die für Demokratie eintreten, sind hingegen folgenlos geblieben: Viele Menschen, die sich in Vereinen und Verbänden, auf der Straße, in Stadträten oder der Kommunalverwaltung demokratisch engagieren, sind entmutigt, stehen unter Druck und werden bedroht. Von der Politik fühlen sie sich im Stich gelassen.

Dabei sind es genau diese Menschen, die unsere Demokratie lebendig halten und politische Unterstützung brauchen. Die neue Bundesregierung muss diese Menschen ernstnehmen, sie stärken, schützen und ihren Sorgen und Bedarfen endlich Gehör verschaffen.

Wir stellen sechs Forderungen zur Bundestagswahl:

1. Extrem rechte Forderungen deutlich zurückweisen

Demokratische Parteien müssen extrem rechte Forderungen deutlich zurückweisen, statt sie zu verharmlosen oder gar zu übernehmen. Sowohl die neue Bundesregierung als auch die demokratische Opposition müssen die AfD als extrem rechte Partei benennen und behandeln. Alle Demokrat*innen müssen miteinander diskutieren und konstruktive Antworten auf aktuelle Probleme bieten, statt mit populistischen Forderungen beispielsweise zu Migration, Sicherheit oder zur sozialen Frage Politik auf Kosten von Marginalisierten zu machen – und damit der AfD in die Hände zu spielen.

2. Schutz und Unterstützung für Engagierte sicherstellen

Die neue Bundesregierung muss Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, unterstützen und als Ressource anerkennen, statt sie als lästig oder als „Gefahr von links“ zu markieren. Sie muss Engagierte und Kommunalpolitiker*innen besser vor rechten Angriffen und Bedrohungen schützen – etwa, indem sie sich für eine konsequente Verfolgung von rechten Straftaten stark macht – auch im digitalen Raum – und Sicherheitsbehörden dazu verpflichtet, Betroffene, z.B. in Folge von Gewalttaten, besser zu unterstützen. Engagierte brauchen Räume und Ressourcen, um sich auszutauschen und ihre Positionen zu äußern, ohne um ihre Sicherheit oder Existenz fürchten zu müssen.

3. Rechtssicherheit herstellen und Angriffen vorbeugen

Viele Vereine und Verbände, die sich für die Demokratie einsetzen, müssen darum bangen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Der Grund: Im Gemeinnützigkeitsrecht fehlt eine Klarstellung, dass gemeinnützige Organisationen politisch tätig sein dürfen. Die neue Bundesregierung muss endlich eine Reform auf den Weg bringen, die Nichtregierungsorganisationen und der Verwaltung Rechtssicherheit gibt. Denn die AfD und andere extrem rechte Akteure setzen auf eine Strategie der Delegitimierung, die Regelungslücken und unklare Formulierungen ausnutzt. Zudem muss die Bundesregierung dem Mythos eines grundsätzlichen Neutralitätsgebotes für nicht-staatliche Akteure, aber auch für Schulen, widersprechen. Gerade Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr oder Kita-Elterninitiativen sind wichtige Akteure der demokratischen Gesellschaft – und müssen sich gegen rechtsextreme Deutungen einsetzen dürfen.

4. Vulnerable Gruppen schützen

Am stärksten bedroht durch die Pläne der extremen Rechten sind marginalisierte Gruppen wie migrantisch gelesene, jüdische oder queere Menschen. Sie brauchen mehr Schutz und Unterstützung – etwa durch die Sichtbarmachung ihrer Perspektiven und eine klare Positionierung nach rassistischen, antisemitischen und queerfeindlichen Vorfällen. Die neue Bundesregierung muss klarstellen, dass demokratische Teilhabe und Rechte für alle Mitglieder unserer Gesellschaft gelten und dass Migrant*innen und andere marginalisierte Gruppen selbstverständlicher Teil davon sind. Als Bundesverband unterstützen wir die Forderungen unserer Partner*innen der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen und des Dachverbands der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland.

5. Zivilgesellschaftliche Expertise einbinden

In den letzten Jahren gab es unterschiedliche Maßnahmen- und Aktionspläne gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Die neue Bundesregierung muss zivilgesellschaftliche Akteure und Strukturen viel stärker in die Entwicklung solcher Pläne einbeziehen, zum Beispiel in einem Expert*innenrat, der regelmäßig und nach transparenten Regelungen tagt. Zivilgesellschaftliche Akteure sind oft näher dran am Geschehen, können aktuelle Gefahren und Bedarfe frühzeitiger erkennen, als es Politik und Behörden können, und mitunter besser beurteilen, was es wo braucht. Eine Einbeziehung ihrer Expertise würde somit gewährleisten, dass politische Maßnahmen tatsächlich Wirkung zeigen, und verhindern, dass bei der Förderung zivilgesellschaftlicher Träger kostspielige Doppel- und Konkurrenzstrukturen entstehen.

6. Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus gesetzlich absichern

Die neue Bundesregierung muss endlich eine gesetzliche Grundlage für die Förderung der Opfer-, Ausstiegs- und Mobilen Beratung schaffen und die Arbeit von Beratungs- und Bildungsstrukturen langfristig absichern. Die Dauerbefristung der Beratungsteams seit bald 25 Jahren hat gravierende Folgen für alle Beteiligten: Die Träger und Berater*innen müssen viel Zeit in die Absicherung der eigenen Arbeit investieren – Zeit, die sie eigentlich für Beratung brauchen. Menschen, die Unterstützung suchen, müssen oft lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Zudem wechseln viele Berater*innen den Job. Damit geht Kontinuität und Fachlichkeit verloren, die für die Unterstützung der Beratungsnehmenden vor Ort existenziell ist. Das ist nicht vermittelbar in einer Zeit, in der die Demokratie bedroht ist wie lange nicht mehr.

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.

Kontakt:

Heiko Klare / klare@bundesverband-mobile-beratung.de / 0152 01414494

Zum Bundesverband Mobile Beratung:

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.